

6 **STUDI E R E N D E N P A R L A M E N T**

8 **Ausführliches Protokoll der 6. Sitzung des 52.**
Studierendenparlaments vom 05.12.2013

10 **TOP 1) BEGRÜSSUNG, FESTSTELLUNG DER ANWESENHEIT UND DER**
BESCHLUSSFÄHIGKEIT

12 Es sind 30 Parlamentarier*innen anwesend, damit ist eine Beschlussfähigkeit
 14 gegeben. Das Präsidium begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit
 fest. Das Präsidium weist darauf hin, dass laut Beschluss des
 Studierendenparlamentes (StuPa) nur noch 15 Exemplare der Sitzungs-Unterlagen
 ausgedruckt und den Sitzungsteilnehmern vorgelegt wurden.

16 **Teilnehmerliste** der 6. Sitzung vom 05.12.2013, Beginn 20:15 Uhr

Juso Hoch- schul- gruppe (Jusos)	Alexandra Bugl, Felix Döring, Tobias Gniza, Kamyar Mansoori (Vertretung f. Olga Tarasiuk), Timo Otten, Natalie Pawlik, Andreas Schaper (Vertretung f. Florian Stenzel), Michael Schröder, Ann-Katrin Schütz, Claudia Sturm (Vertretung f. Björn Gerlach), Matthias Uhrmann	Unsere Uni (UU)	Jonathan Adam, Daniel Holz hacker, Christian Heimpel , Lucas Proehl
Uni Grün (UG)	Irina Dworschak (Vertretung f. Ines-Ch. Steckhan), Michael Fink, Lukas Leufgens (Vertretung f. Lisa Zengerle), Lisa Schmidt, Theresa Finck, Florian Stephan, Christian Engelhardt	sds. dielinke (SDS)	Jan Hedrich
Projekt Zukunft! (PZ!)	Judith Schulze, Max Stürzebecker	Studen- ten Union (SU)	Verena Christina Egler, Lara Ilona Schneider, Sina Luisa Kunkel (Vertretung f. Felicitas M. Beuschel
Demo- kratische Linke (DL)	Christian Hoge	Liberale Hoch- schul- gruppe	Christian Krauss

TOP 2) GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG

Folgende Änderungen an der vorgeschlagenen Tagesordnung werden gewünscht:

- Streiche: TOP 10 „Wahlen zum Wahlausschuss“
- Füge ein: TOP 9 „Wahlen zum AStA“ als neuen TOP 5 vor bisherigem TOP 5 „Anträge“
- Von den Anträgen sollen die Anträge aus der letzten StuPa-Sitzung der Antrag der Fachschaft Zahnmedizin vor den Urabstimmungsanträgen als erstes behandelt werden.

**Beschluss über die Feststellung der gesamten Tagesordnung
(mit Übernahme der Änderungen):**

Ergebnis (Stimmen): 28 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltung → Geänderte Tagesordnung angenommen

18 **TOP 3) MITTEILUNGEN DES PRÄSIDIUMS**

Das Präsidium des StuPa gibt bekannt:

→ Rücktritt: J. Kimmerle (PZ!) vom Mandat des StuPa und Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses. Nachrückerin ist J. Schulze (PZ!)

→ Rücktritt vom Wahlausschuss: Sanja Klein. Neubenennung: Cornelia Steffen

→ Rücktritt Sachbearbeitung Finanzen: Alicia Dannecker, neu angestellte Bürokräft Gabriele Nuhn seit 01.12

→ Rücktritt als Mitglied des Ältestenrates: Iris Kastner (Jusos), Neubenennung: Benedict Pietsch

→ Rücktritt vom Mandat des StuPa: Stefan Dehler (LHG)

→ Rücktritt vom AStA-Referat Studium und Lehre: M. Hagel (Jusos)

TOP 4) STUDIERENDENSPRECHSTUNDE

→ Keine Meldungen

20 **TOP 5 WAHLEN ZUM AStA**

F. Stenzel für das AStA-Referat Studium und Lehre

22 Wird durch F. Döring (Jusos) vorgestellt. Er ist bereits Referent für Hochschulpolitik und wird nach dem Rücktritt vom AStA-Mandat von M. Hagel in das Referat Studium und Lehre wechseln. Dies ist
24 möglich, da im Referat für Hochschulpolitik auch mit einem Referenten weniger die Bearbeitung der Aufgaben sichergestellt werden kann.

26

N. Deußler für ABeR-Referat für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung

28 N. Deußler stellt sich als Person dem StuPa vor: Er ist Politikwissenschaftler, studiert im Master Demokratie und Kooperation und ist Mitglied im Dachverband Selbstbestimmt Leben Deutschland e.
30 V. Die Politik für Behinderte möchte er stärker voranbringen und ist Mitglied der Hochschulliste Unsere Uni, die Behindertenkonvention und die Bewegung Selbstbestimmt Leben Deutschland e. V.

32

C. Sturm für das AStA-Referat Kultur (genauer Name)

34 C. Sturm stellt sich als Person dem StuPa vor: Sie studiert Englisch und Deutsch auf Lehramt, unterstützt T. Gniza (Jusos) bereits im AStA und ist dort seit einem Jahr tätig. C. Sturm möchte ihn als
36 AStA-Referentin weiter unterstützen. L. Proehl (UU): Wie sieht sie die längerfristige Planung ihrer AStA-Arbeit? Möchte sie das T. Gniza (Jusos) als Referent ersetzen? C. Sturm: Vorerst ist nur eine
38 Arbeitsteilung geplant. L. Proehl (UU): A. Dannecker hatte sich im Stupa vorgestellt um auf das Sommerfest hinzuarbeiten, weiterhin wurden zwei weitere Personen angestellt als Sachbearbeitung
40 für einen Zeitraum von 2 Monaten, aber fand aber kein Sommerfest statt. F. Döring (Jusos): Die Ausgestaltung des Sommerfestes muss die nächste AStA-Koalition entscheiden. Zu Einzelheiten
42 können noch keine Aussagen getroffen werden. J. Hedrich (SDS): Ist im Referat eine stärkere Ausrichtung hin zu demokratischer Kultur geplant? C. Sturm (Jusos): Sie sieht vorerst die
44 Organisation der AStA-Party als ihre Hauptaufgabe an. F. Döring (Jusos): Innerhalb des Referates sind keine besonderen Umschwünge geplant. Der Status von C. Sturm wird lediglich von dem eine
46 Sachbearbeiterin zu einer AStA-Referentin geändert. L. Proehl (UU): Bitte darum, mit Vorhaben wie der Planung eines Sommerfestes frühzeitig zu beginnen. Absagen könne man es dann immer noch.

48

1. Wahlgang

50 → Die Wahlzettel werden durch das Präsidium des StuPa verteilt. Der Wahlgang ist eröffnet.

→ Wahlzettel werden durch das Präsidium wieder eingesammelt (insgesamt 28 Stimmen abgegeben).

52

54

→ Ergebnis des 1. Wahlganges

F. Stenzel:	N. Deußler:	C. Sturm:
21 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen	21 Ja, 3 Nein, 4 Enthaltungen	14 Ja, 7 Nein, 7 Enthaltungen

56

F. Stenzel ist gewählt. Das persönliche Einverständnis zur Wahl wird nachgereicht

58

N. Deußler ist gewählt: Er nimmt die Wahl an

C. Sturm ist nicht im ersten Wahlgang gewählt

60

2. Wahlgang

62

→ Die Wahlzettel werden durch das Präsidium des StuPa verteilt. Der 2. Wahlgang ist eröffnet.

→ Wahlzettel werden durch das Präsidium wieder eingesammelt (insgesamt 30 Stimmen abgegeben).

64

→ Ergebnis des 2. Wahlganges:

C. Sturm

18 Ja, 2 Enthaltungen, 10 Nein

66

C. Sturm ist gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

68

TOP 6 ANTRÄGE

Antrag von der Trans-Tagung Gießen zum Trans-Schwimmen – Wiederaufnahme des Antrages aus der letzten StuPa-Sitzung

→ *M. Otterwein* lässt sich entschuldigen, es möchte keine andere Person den Antrag vorstellen.

→ *J. Hedrich (SDS)*: Antragssteller sollen bei der Stadt nachfragen und sich an den Gleichstellungsbeauftragten der Stadt wenden. Weiterhin soll bei der Uni zum Thema angefragt werden, da sie über ein eigenes Schwimmbad verfügt. Er bittet darum, dass das Präsidium des StuPa die Mitteilung weiterleitet, dass sich die Antragssteller bis zur nächsten Sitzung des StuPa darum kümmern diese Sachverhalte zu klären.

→ *A.-K. Schütz (Jusos)*: Antrag auf erneute Vertagung des Antrages

→ *L. Proehl (UU)*: Laut Geschäftsordnung erneute Verschiebung möglich.

→ Das Präsidium des StuPa stimmt dem zu.

Abstimmung über die Verschiebung des Antrages: 30 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.

Ergebnis: Der Antrag ist auf die nächste StuPa-Sitzung verschoben.

70

Antrag der Fachschaft (FS) Zahnmedizin auf Finanzmittel für Fachschafts-Tagung

→ Anlass des Antrages ist die Bundesfachschaftentagung 2014/2015 die erstmals in Gießen ausgerichtet wird. Sie ist eine Möglichkeit weitere Interessenten zu werben und sich zu präsentieren. Die Antragstellerin entschuldigt sich den für den späten Antragseingang und bittet darum dem Antrag auf Dringlichkeit stattzugeben. Die Fachschaft möchte sich auch anderen Problemen wie der Haushaltssperre widmen, also nicht mehr nur diesem Antrag.

→ *C. Heimpel (UU)*: Bittet darum in Zukunft auf zeitnahen Eingang beim StuPa zu achten.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages : 28 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen.

Die Dringlichkeit ist gegeben.

Abstimmung über den Antrag: 26 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

→ *M. Schröder (Jusos)*: Laut Reisekostenordnung hätte der Antrag im StuPa vorher schon beschlossen werden müssen weil mehr als 9 Personen an der Exkursion teilnehmen wollten. Er weist die Fachschaften darauf hin Anträge bitte rechtzeitig einzureichen.

→ *L. Proehl (UU)*: Die Haushaltslage im Fachbereich Medizin war länger bekannt gewesen und der Antrag hätte folglich auch früher gestellt werden können.

72

DS 52/63: Antrag Netzlaboranten Thecus

→ *T. Gniza (Jusos)*: Der aktuelle IT-Server auf dem alle AStA-Referate und autonome Referenten zugreifen, arbeitet mit nur 400 GB-Speicher. Bei 20-30 genutzten Accounts ist das sehr wenig und der Speicher breche in der Folge zusammen da er zu voll ist. Der Vorschlag der Netzlaboranten ist, den Speicher auf 28 TB zu erhöhen (mit 3-4-facher Datensicherung).

→ *C. Heimpel (UU)*: Die Gültigkeit des dem StuPa vorliegenden Angebotes ist abgelaufen. *T. Gniza (Jusos)*: Er gehe davon aus, dass das Angebot von den Netzlaboranten dennoch umgesetzt werde.

→ *C. Heimpel (UU)*: Wurden Vergleichsangebote eingeholt? *L. Leufgens (UG)*: Ja, beim HRZ, sie waren aber deutlich teurer als das vorliegende Angebot. *M. Schröder (Jusos)*: Der AStA habe sich für eine zentrale Lösung mit nur einem Ansprechpartner ausgesprochen.

Abstimmung über den Antrag: 22 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen

74

DS 52 / 64: Antrag FS des Fachbereichs 09 auf Finanzmittel für Werbemittel (Stifte)

→ Vorgestellt von einem Mitglied der Fachschaft. Die vorgeschlagene Anschaffung von Stiften aus Recycling-Pappe und Kiefernholz wird als nachhaltig angesehen. Da der Betrag der Antragssumme 1000 € übersteigt, hatte das Finanzreferat der Fachschaft eine Empfehlung zur Beratung im StuPa abgegeben.

Abstimmung über den Antrag: 30 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

76

DS 52 / 65: Antrag der FS Geographie auf Mitgliedererhöhung im Fachschaftsrat

→ Die Fachschaft Geographie beantragt beim Studierendenparlament die Erhöhung der wählbaren Fachschaftsratsmitglieder auf 8 Studierende

Abstimmung über den Antrag: 24 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen

78

DS 52 / 66: Antrag auf Stellenplanänderung (Uni Grün und Jusos)

Antragstext: Das StuPa möge den geänderten Stellenplan des AStA der Legislatur 2014/2015 mit Wirkung zum 01.12.2013 beschließen.

F. Döring (Jusos): Im vorgeschlagenen Antrag handelt es sich um geringfügige und nicht grundlegende Änderungen die nötig geworden waren.

Abstimmung über den Antrag: 25 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

80

DS 52 / 67: Antrag auf Änderung der Aufwandsentschädigung für das Präsidium

→ *M. Schröder (Jusos)*: Der Antrag ist gerechtfertigt, da eine monatliche Aufwandsentschädigung anstatt einer je Sitzung planbarer ist. Die Entschädigung wird auch besser ausgezahlt, selbst wenn eine Sitzung des StuPa nicht mit allen Präsidiumsmitgliedern durchgeführt werden kann. Sie bezieht dann auch den Aufwand einer Sitzungsvorbereitung mit ein. *M. Uhrmann (Jusos)* findet den Antrag sinnvoll, denn er stellt keinen großen Unterschied zum bisherigen Modell dar und nützt auch dem Finanzreferat in dessen Planung. Das StuPa-Präsidium war nicht Antragssteller, und ist auch mit der derzeitigen Situation bereits zufrieden.

→ *S. Recklies (UG)*: Eine Änderung der Aufwandsentschädigung innerhalb der laufenden Legislaturperiode ist nicht in Ordnung. *L. Leufgens (UG)*: Das Hauptanliegen des Antrages ist es künftig einen fixen Betrag zu auszuzahlen. *C. Heimpel (UU)*: Es fehlt eine schlüssige Begründung für

den Antrag. *S. Recklies (UG)*: Die Änderungen hätten besser für die nächste Legislatur (nächstes Haushaltsjahr) beschlossen werden sollen.

Abstimmung über den Antrag: 23 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

82

DS 52 / 68: Antrag Netzlaboranten Webhosting

→ Vorgestellt durch *T. Gniza (Jusos)*: Bisher wird die Homepage durch einen anderen Anbieter verwaltet. Mit diesem Antrag sollten auch Netzlaboranten einen Zugriff darauf erhalten.

→ *J. Hedrich (SDS)*: Muss diese Arbeit von den Netzlaboranten erledigt werden als Experten?

F. Gniza (Jusos): Die Homepage betrifft nicht nur AStA-Seiten, auch Transseiten, STQR, Wohnungsdatenbank u. a. werden darüber gesteuert. Künftig sollten sie unter einem Dach verwaltet werden. *A. R. v. Keken*: Das Angebot ist kostspielig, wenn nur die Seiten verwaltet werden, in Form einer Datenbank und nicht eine Neugestaltung vorgesehen ist.

→ *C. Heimpel (UU)*: Das Angebot ist vom 04.09.2013, warum kommt es erst jetzt? Besteht die Möglichkeit das Angebot zu kündigen wenn es teurer wird? *F. Gniza (Jusos)*: Der Antrag sei spät eingereicht worden, aufgrund längerer Beratungszeit. Die aktuelle Situation könnte auch wiederhergestellt werden. Theoretisch ist es auch möglich den Vertrag zu kündigen. Sollte es ein neues Angebot geben, müsste auch ein neuer Vertrag ausgehandelt werden. Für mehr Infos bittet er darum bei *M. Fink (UG)* nachzufragen.

Abstimmung über den Antrag: 21 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

84

DS 52 / 69: Antrag FS 09: Erhöhung der Zahl der Mandate im Fachschaftsrat

→ Ziel des Antrages ist es die Anzahl der Mitglieder im FSR zu erhöhen weil sich mehr Leute dafür interessieren würden. Statt 8 Leuten sollten dort 16 Leute Mitglied sein dürfen, auch um das mögliche Fehlen von Mitgliedern ausgleichen zu können.

→ *M. Schröder (Jusos)*: weist darauf hin, dass diese Änderungen erst gültig werden für die Legislatur 2014/2015, also der übernächsten Wahlperiode des StuPa. Hintergrund ist die nicht eingehaltene Frist des Antrages.

Abstimmung über den Antrag: 30 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

86

DS 52 / 70: Finanzantrag für die Förderung des Projekts Queerulant_in

→ *M. Schröder (Jusos)*: Empfiehlt den Antrag abzulehnen, denn die vorgeschlagene Rechtsform existiert in Deutschland nicht.

→ *J. Hedrich (SDS)*: Möchte wissen wer ist das Kollektiv Queerulant und wie kommt es zu den im Antrag beschriebenen Portokosten von 900 €? *C. Heimpel (UU)*: Wohin wird die Post verschickt werden die im Antrag beschrieben ist?

Abstimmung über den Antrag: 1 Ja, 23 Nein, 1 Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

DS 52 / 71: Antrag der Fachschaft (FS) Lehramt: FSR-Erhöhung

→ Das Studierendenparlament der JLU möge die Anzahl der Fachschaftsräte der FS Lehramt auf 12 heraufsetzen.

Abstimmung über den Antrag: 25 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

88

90

DS 52 / 72: Antrag der FS Psychologie: FSR-Erhöhung

→ Der Antrag wurde zurückgezogen

92

DS 52 / 73: Antrag Solifond

→ Der Antrag behandelt den Kooperationsvertrag der Studierendenschaft mit dem Solifond. Er gilt für das Jahr 2014. *M. Schröder (Jusos)*: Im Antrag habe man weniger Geldausgaben vorgesehen im Vergleich zum letzten Haushaltsjahr.

Abstimmung über den Antrag: 24 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

94

DS 52 / 74: Antrag auf Annahme der Beitragserhöhung für das Semestertickets

→ *T. Otten (Jusos)*: Der Antragshintergrund ist das Ersuchen des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV) und des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) den Ticketpreis um 3 % im Preis zu erhöhen. Kommt die Studierendenschaft dem nicht nach drohe eine Vertragsstrafe n Höhe von 2000 € und die Kündigung des Semesterticket-Vertrages.

→ *J. Adam (UU)*: Wie kann die fortlaufende Erhöhung des Preises des Semestertickets begründet werden? Er empfindet die Sachlage teilweise als Erpressung. *C. Heimpel (UU)*: Laufende Verträge sind einzuhalten, auch weil bei Vertragsschluss eine mögliche Erhöhung vereinbart worden war. *T. Otten (Jusos)*: Im Vertrag steht das der RMV und der NVV beim Umfang der Erhöhung der Beiträge an Auszubildendentarifverträgen orientiere. Die jetzt geplante Erhöhung werde nur zum Sommersemester erfolgen und nicht zum Wintersemester. Eine andere Variante sei nur möglich, wenn sich parallel auch die Umsatzsteuer erhöhen würde.

→ *C. Engelhardt (UG)*: Für welchen Zeitraum insgesamt wurde der Vertrag geschlossen? *T. Otten (Jusos)*: Unendlich. *A.-K. Schütz (Jusos)*: Langfristig halte sie eine Prüfung des Antrages durch den AStA für erforderlich, denn das StuPa könne nicht ausreichend verhandeln darüber.

Abstimmung über den Antrag: 25 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

96

DS 52 / 76: Antrag des SDS zum Plakatfrieden

→ *J. Hedrich (SDS)*: Der derzeitige Umgang mit dem Thema ist ökologisch, zeitlich, und finanziell ungenügend wenn man sich gegenseitig Plakate überplakatiert. *F. Döring (Jusos)*: Sieht ohne eine Rechtsgrundlage und Kontrollfunktion für den Antrag, keine rechtliche Grundlage darüber im StuPa zu entscheiden.

→ *C. Hoge (DL)*: Konsequenzen aus der Plakatierordnung müssten noch besser besprochen werden. Möglich sei auch nur eine friedliche Übereinkunft über das Plakatieren bei der nächsten StuPa-Wahl zwischen den StuPa-Listen. *A. R. v. Keken*: Das Vorgehen der Hochschulliste Jusos bei der letzten StuPa-Wahl mit Überplakatieren anderer Plakate war ein negatives aufgefallenes Beispiel. Der Antrag ist daher auch ein Appell an die Vernunft, gegenüber Hochschullisten die durch weniger TeilnehmerInnen benachteiligt werden könnten. Er fordert weder eine Rechtfertigung für das Verhalten beim Plakatieren noch Verhängung von Strafen für ungenügendes Plakatieren. Jeder müsste aber den gleichen Anspruch auf den Platz auf ein Plakat haben und dies dürfe nicht von der Stärke der Hochschullisten abhängen.

→ *C. Heimpel (UU)*: Wie weit kann der Antrag durchgesetzt werden auf Basis von Vernunft und Vertrauen? Sollte das Öffentlichkeitsreferat einer Hochschulliste angehören und dann den Umgang mit der Plakatierordnung koordinieren? Diese Fragen sollte noch umfassender geprüft werden.

→ *A. Schaper (Jusos)*: **Antrag zur Geschäftsordnung (GO-Antrag)** auf Nichtbehandlung da keine rechtliche Grundlage des Antrages und in der Folge keine Handhabe vorliegt.

Abstimmung über den GO-Antrag: 14 Ja, 7 Nein, 3 Enthaltungen. Der GO-Antrag ist angenommen, der Antrag wird nicht weiter behandelt.

98

DS 52 / 77: Antrag des SDS zum Speeddating (Bewerbung der Hochschulwahlen)

→ *J. Hedrich (SDS)*: Der Antrag stellt nur einen Vorschlag dar und hat keine rechtliche Grundlage. Im letzten Jahr war ein Speeddating schon einmal durchgeführt, dabei aber vom HOPO-Referat nur unzureichend beworben worden. Um die Wahlbeteiligung künftig zu steigern, sollte es listenübergreifend (neutral), vom AStA organisiert, ein Speeddating geben.

Änderungsantrag von F. Döring (Jusos): Antragstext die Zahl der Speeddating-Termine von zwei oder mehr in einen Termin ändern, da zu wenige Leute bei den letzten Veranstaltungen gekommen waren.

→ Änderungsantrag wird einstimmig übernommen vom StuPa.

→ *J. Hedrich (SDS)*: Mangelhafte Werbung war für die schlechte Resonanz verantwortlich.

→ *D. Holzacker (UU)*: Eine Wahl-Vollversammlung (VV) wird favorisiert weil die Studenten noch kein Vorwissen über Gremien haben könnten. Sinnvoller ist es mehr Aufklärungsarbeit zu leisten, u. a. könnte in einer VV darüber informiert werden. Fraglich ist auch, in welcher Reihenfolge ein Speeddating der Hochschullisten stattfinden würde? *C. Heimpel (UU)*: Entscheidet die Reihenfolge sich per Losverfahren oder nach dem favorisierten Interesse der Hochschullisten?

→ *J. Hedrich (SDS)*: Es ist keine logische Reihenfolge vorgesehen (Vorgehen wie im letzten Jahr). VVs wurden zu schlecht besucht, daher bestehe die Aussicht, dass ein Speeddating mehr Leute ansprechen würde. Als Ziel bleibt, die Wahlstandpunkte und allgemeine Standpunkte der Hochschullisten zu vermitteln. *A.-K. Schütz (Jusos)*: Wahl-VV sind auch nicht attraktiv genug und ohne feste Listen-Reihenfolge könnte das Speeddating lockerer werden und besser beworben werden. *L. Schmidt (UG)*: Sie sieht Möglichkeiten dafür, das Thema mit dem Studentenwerk abprechen.

F. Döring (Jusos): GO-Antrag auf sofortige Abstimmung (Beendigung der Debatte)

Abstimmung: 19 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen. Die Debatte ist beendet.

Änderungsantrag von F. Döring (Jusos) wird übernommen in den nun geänderten Antragstext.

Abstimmung über den geänderten Antrag: 20 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

100

DS 52 / 78: Antrag der FS Humanmedizin auf Kostenerstattung der Fachschaftsfahrt

→ Vorgestellt durch ein Mitglied der FS Humanmedizin. Die Frist wurde nicht eingehalten, daher erfolgt eine Behandlung im StuPa. Es wird um Entschuldigung dafür gebeten.

→ *C. Heimpel (UU)*: Wie hoch ist der Geldbetrag um den sich der Antrag handelt?

→ *Mitglied der Fachschaft*: 968,25 €

→ *C. Heimpel (UU)*: Jährlicher Antrag wurde zum dritten Mal in Folge zu spät eingereicht. Wird das in der Fachschaft nicht korrekt kommuniziert? *Ehemaliges Mitglied der Fachschaft aus dem Vorjahr*: Äußert sein Bedauern über die Umstände. Übergang der Informationen innerhalb der Fachschaft hätte nicht funktioniert, insbesondere wann der Antrag gestellt werden musste (Generationswechsel). *L. Proehl (UU)*: Er hatte bereits ein längeres Gespräch mit der Fachschaft geführt und seine Geduld mit der Fachschaft Medizin ist am Ende. Dem Antrag sollte nicht zugestimmt werden, denn die dauerhaft verspätete Antragsstellung passiere keiner anderen Fachschaft so oft wie der FS Medizin.

→ *A.-K. Schütz (Jusos)*: Bittet um Nachsicht der verspäteten Antragseinbringung. *K. Mansoori (Jusos)*: Er sieht keinen Grund darin den Antrag abzulehnen, nur weil die Fachschaft Humanmedizin besonders negativ auffalle. Die Studierenden sollten die Fehler, die dort gemacht wurden, nicht ausbaden. *L. Leufgens (UG)*: Das Geld würde bei den Studierenden hängenbleiben nur weil die Antragsstellung falsch gelaufen war.

→ *D. Holzacker (UU)*: Bittet darum den Antrag nicht, wie bereits vier Mal nacheinander geschehen,

zu spät zur Behandlung einzureichen. Die Leute sollen nicht auf dem Geld sitzen bleiben, jedoch könnte bei der nachträglichen Antragseinbringung auch keine Kritik zum Antrag mehr im StuPa geäußert werden. Gremienwege müssten ordnungsgemäß gewahrt werden.

C. Heimpel (UU): Diskussionen die bereits geführt wurden scheinen von der Fachschaft ignoriert worden zu sein. *L. Proehl (UU):* Möchte keine Absicht unterstellen, für die verspätete Antragseinbringung der FS Humanmedizin, empfindet dieses Vorgehen gegenüber anderen sich korrekt verhaltenden FS sowie dem Finanzreferat aber als unfair.

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung (Beendigung der Debatte)

Abstimmung: 24 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen. Die Debatte ist beendet.

Abstimmung über den Antrag: 18 Ja, 5 Nein, 6 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

102

DS 52 / 79: Antrag auf Einführung einer AStA-Arbeitsrechtsberatung

→ *A. R. van Keken:* Plädiert dafür das Programm „Students at Work“ in die Arbeitsrechtsberatung einbeziehen um nicht nur aus juristischen, sondern auch aus gewerkschaftlichen Arbeitshintergründen eine Beratung durchzuführen zu können. Damit gehe auch der Gewerkschaftliche Input und die Schnittstelle zu Gewerkschaften nicht verloren. Die Arbeitsberatung an dieser Stelle zu reformieren und die Gewerkschaften einzubeziehen hält er für sinnvoll.

Änderungsantrag von A. R. van Keken: Bis Februar 2014 sollten die Gewerkschaften einbezogen und „Students at Work“ eingerichtet werden, anstatt einer juristischer Beratung. Auch sollte auf dieser StuPa-Sitzung über die Arbeitsrechtsberatung noch keine Abstimmung getroffen werden.

→ *A. Schaper (Jusos):* Die derzeitige Rechtsberatung erfolgt durch einen Volljuristen und nicht Teiljuristen. Das Modell einer Beratung mit juristischem Hintergrund hält er daher für besser geeignet.

→ *A. R. van Keken:* **Änderungsantrag wird zurückgezogen.**

→ *C. Heimpel (UU):* Deckt die Sozialberatung nicht schon die Arbeitsrechtsberatung ab? Seine Erfahrung ist, dass seine Fragen bereits bei der Sozialberatung beantwortet werden konnten.

A. Schaper (Jusos): Die für die Sozialberatung derzeit zuständige Person hat die Qualifikation als ausgebildeter Jurist, könnte aber nicht alle Spezialisierung abdecken. Die Leitfrage sollte daher sein, ob die JuristIn eine Spezifikation hat und FachanwältIn ist oder die Beratungen eine Nebentätigkeit darstellen.

Abstimmung über den Antrag: 24 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

104

DS 52 / 80: Antrag auf Kooperationsvertrag AStA und Aids-Hilfe Gießen

Antragstext: Kooperationsvertrag zwischen den Kooperationspartnern: AStA der JLU Gießen vertreten durch das queer-feministische Frauenreferat und das Finanzreferat und AIDS-Hilfe Gießen e.V. zur Durchführung des gemeinsamen Verbundvorhabens „Schwule-Mädchen-Party“.

→ *M. Schröder (Jusos):* Bisher wurde keine Kooperationsvereinbarung zur Schwule-Mädchen-Party getroffen, nun ist mit diesem Antrag eine langfristige Vereinbarung vorgesehen.

Abstimmung über den Antrag: 22 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

106

DS 52 / 81: Antrag auf eine Urabstimmung zur Zivilklausel

→ *A. R. van Keken* stellt den Antrag vor: Der Versuch eine Urabstimmung bei den Hochschulwahlen 2013 durchzuführen war abgelehnt worden, weil bereits eine andere Urabstimmung zu diesem Zeitpunkt vorgesehen war. Im Antrag geht es darum, dass sich die demokratischen Organe der Uni

um die Einführung einer Zivilklausel bemühen. Auch sollen die Fragen zur Urabstimmung nur den Aspekt behandeln wie die Studierenden zur Zivilklausel stehen (Meinungsbild) und nicht ob sie auch eingeführt wird. Besteht ein Interesse der Studierenden daran was an der Uni geforscht und wie Drittmittelverteilt werden? Er sieht eine hohe Dringlichkeit dafür, dass über die Zivilklausel abgestimmt werden muss.

F. Döring (Jusos): Hat an den Präsidenten der JLU Gießen schriftlich folgende Fragen gerichtet:

Frage 1 → Ob und in wie fern wird an der Uni Gießen militärische Forschung betrieben?

Frage 2 → Ob und in wie fern kooperiert die Uni mit Unternehmen aus dem Bereich Militär?

→ *A. R. v. Keken:* Die Formulierung militärische Forschung ist nicht eindeutig, denn auch militärische Forschung kann zivil oder aber nicht nur in einem Forschungsbereich genutzt werden. Der Senat der JLU hatte Einblicke in die laufenden Drittmittelverträge verwehrt, was eine genauere Prüfung, ob tatsächlich solche Forschung stattfindet, unmöglich macht. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass Institute und Forschungsgänge an der Uni, z. B. Materialforschung sich für diese Richtung interessieren. Für genauere Informationen ist man derzeit auf Whistleblower angewiesen, In der Vergangenheit von 2000-2006 wurden 1,4 Mio. Euro für Forschung ausgegeben, die der Verbesserung der Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland dienlich waren. Kampftruppen sollten geimpft werden für einen Schutz gegen Biologische und Chemische Kampfstoffe. Die Uni Gießen zeigte sich daran interessiert. Ein eindeutiger Verwendungszweck der Forschungen war nicht auszumachen, Prioritäten lagen aber im Bereich der militärischen Forschungen

→ *L. Proehl (UU):* Hat auf der Internetseite der Uni Gießen das Wort Bundeswehr und deren angebotene Veranstaltungen an der Uni recherchiert. So fand das Gießener Tagesseminar für Sicherheitspolitik bereits zum dritten Mal an der Uni statt. Die Teilnahme einer studentischen Reservistenkameradschaft als Mitveranstalter hält er für bedenklich, gerade vor dem Hintergrund der bereits im StuPa geführten Debatten zum Thema Burschenschaften. Auf legale Weise Veranstaltungen mit Reservisten an der Uni stattfinden zulassen ist auch ein ethnischer Konflikt. So hatte beim Tagesseminar ein Professor der Universität Gießen als inhaltlichen Input eine Rede gehalten. Die Schaffung einer Zivilklausel in Frankfurt findet er zwar richtig, aber rechtlich nicht vollständig korrekt, auch wenn dort für den Umgang mit Streitfällen eine Kommission geschaffen wurde. An der JLU in Gießen gibt es zwar keine unmittelbare Kriegsforschung und keine Rüstungsforschung, aber u. a. von der Krupp-Stiftung offiziell drittmittelfinanzierte Stellen. Eine neu eingesetzte Kommission könnte hier beobachten und bewerten ob das in Ordnung ist oder nicht. Die Bundeswehr hat schon zwei Unis in Deutschland, warum ist dann noch Forschung an der JLU nötig?

→ *L. Leufgens (UG):* Sollte man sich gegen die militärische Forschung an Impfstoffen aussprechen?

→ *A. R. v. Keken (AK Zivilklausel):* Ja, denn sie werden nicht vom Bundesforschungsministerium erforscht, sondern vom Bundesverteidigungsministerium. Auch dort müsste mit Geldern ordentlich umgegangen werden, u.a. damit nicht zu viel Impfstoff hergestellt werde. Es gehe nicht um die Forschung an sich, es sollen auch keine Leute geheilt, sondern Soldaten kampffähig gemacht werden.

→ *F. Döring (Jusos):* Liest die schriftliche Stellungnahme des Uni-Präsidenten, die auf Nachfrage erhalten hatte, zu den Fragen 1 und 2 dem StuPa laut vor,. Der Fraktionszwang der Jusos bei der Abstimmung über den Antrag wird aufgrund der Thematiken Krieg und Frieden aufgehoben. Die Beantwortung einer Zivilklausel mit ja oder nein bei einer Urabstimmung würde das Thema nicht abschließen. Bei bisherigen Abstimmungen an anderen Universtitäten war eine große Mehrheit für die Einführung einer Zivilklausel, was positiv zu bewerten ist. Das Thema in die Köpfe der Menschen zu bringen hält er für wichtiger als die eigentliche Teilnahmezahl bei einer Urabstimmung. Dafür gibt es auch andere Vermittlungsmöglichkeiten. Nach seinen Anfragen an Senatsmitglieder wird die Vorlage für die Urabstimmung zu 100 % nicht im Senat mehrheitsfähig sein, selbst bei 70-80 % Zustimmung der Studierenden.

→ *D. Holzhaacker (UU):* Warum wird im StuPa dann noch über die Urabstimmung beraten? Diskutiert werden sollte auch die Dual-Use-Problematik, denn anhand der Geldgeber könnte auf diese Weise ermittelt werden, wer hinter der Forschung stehe. Die Bundeswehr muss aus der Universität herausgehalten werden. Zwar habe man es mit einer staatliche Einrichtung zu tun, sie würde aber ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung mehr gerecht werden, wenn sie eine stärkere subversive Haltung dazu einnimmt. Die Urabstimmung hält er für eine sehr sinnvolle Sache weil auch der AK Zivilklausel viel Arbeit seit Jahren dort investiere.

→ *M. Fink (UG)* richtet seinen Dank an A. R. v. Keken für dessen Arbeit. Auch wenn man schon mit einem hohen Zustimmungsergebnis bei der Urabstimmung rechnet, ist es erstrebenswert diesem Willen tatsächlich Ausdruck zu verleihen. Direkte Demokratie empfindet er als eine positive Sache. Wenn durch die Einführung einer Zivilklausel für die Uni kein Geld wegfällt, wäre das für sie auch

nicht negativ. Der Zeitpunkt ist gekommen sich in dieser Frage zu positionieren. In Bezug auf den Einsatz von Finanzmitteln soll Transparenz von der Uni ausgehen und die Zivilklausel bildet einen Anstoß dafür. Bislang hatte sich die Uni nicht dafür eingesetzt.

→ *A. Schaper (Jusos)*: Vermisst die Dual-Use-Problematik in der Erarbeitung der Fragestellung für die Zivilklausel. Die Frage stellt sich ob Rüstungsforschung auch Grundlagenforschung bedeutet. Dafür sollte ein Verfahren an der Uni existieren welches im Einzelfall (Grenzfälle) darüber entscheidet. Dieser Vorschlag fehlt dem Antrag zur Zivilklausel. Auch wird nicht definiert was Zivil- und Rüstungsforschung ist. Fast alles was erforscht wird kann sowohl zu friedlichen als auch zu kriegerischen Zwecken verwendet werden. In der Formulierung der Zivilklausel ist dies zu berücksichtigen.

→ *L. I. Schneider (SU)*: Aus militärischer Forschung kann auch positives entstehen. Das kausale Ablehnen von Geldern kann durch die angespannte Haushaltslage an den Fachbereichen problematisch werden. Auch die Bürokratie wird größer, wenn für jede Forschung erst dargestellt werden muss, für welche Zwecke sie eingesetzt wird.

→ *C. Heimpel (UU)*: Es findet keine Abstimmung im StuPa statt ob Zivilklausel auch realisiert wird. Er geht nur um die Frage ob auch eine Urabstimmung gewollt ist. Der Senat der JLU wird die Zivilklausel höchstwahrscheinlich ablehnen, was aber kein Grund dafür ist, eine Urabstimmung nicht durchzuführen. Wird der Senat die erfolgreiche Urabstimmung ablehnen, muss er dies immerhin erklären. Wenn man weiß wie die Abstimmung ausgeht und mit mehrheitlicher Zustimmung rechnet, warum sollte man sich ihr noch entgegenstellen? *L. Schmidt (UG)*: Die vorgesehene Formulierung wird im Senat nicht durchgehen und sie hat bei der praktische Umsetzung der Zivilklausel Bedenken. Gibt es Alternativvorschläge vom AK Zivilklausel, dass die Formulierung realistischer wird? *F. Döring (Jusos)*: An der Uni Gießen wird Forschung betrieben das Tretminen sichtbar werden. Sie würde durch eine harte Formulierung in der Zivilklausel verhindert werden. Er sieht ein großes Erklärungsproblem für den Fall wenn man sich die Zustimmung der Studierenden einholt, aber im Senat die Zivilklausel dann scheitert. Damit wird ein Ergebnis herbeigeführt ohne dass das StuPa darauf groß Einfluss nehmen kann.

→ *M. Fink (UG)*: In der Frage der Dual-Use-Problematik besagt die Zivilklausel bereits, dass man kein Geld von Rüstungsfirmen oder vom Militär annimmt. Das StuPa muss eine deutliche Botschaft für eine friedliche Lösung senden, aber auch der Senat muss sich rechtfertigen. Der Verweis auf das Grundgesetz zeigt, dass Forschung zwar frei ist, es weist aber auf moralische Aspekte nicht hin.

→ *L. Proehl (UU)*: Es ist davon auszugehen, dass die Zivilklausel scheitern kann. Positiv ist aber, dass die Debatte dann wieder in den Senat geholt werde. Der Text der aktuellen Zivilklausel orientiert sich an der Zivilklausel der Uni Frankfurt und sucht nach einem Weg der für alle gangbar ist. Obwohl der dortige Präsident konservativ eingestellt ist, hat er die Zivilklausel dort abgesegnet. Einfach mal etwas zu wagen, mehr zu fordern und daran zu scheitern ist Ordnung, denn vielleicht kommt dennoch ein Kompromiss dabei heraus. Die Urabstimmung ist die letzte Chance das Thema in den Senat zu bringen.

→ *L. Leufgens (UG)*: Ein später nach der Urabstimmung zu gründender Uni Ausschuss (Gedacht als Ethikrat) sollte sich kritische Fragen ansehen, seine Mitsprache offen sein und dort auch Studierende teilnehmen können. Ob sein Urteil bindend ist könnte später noch entschieden werden.

→ *J. Hedrich (SDS)*: Die Dual-Use-Problematik wurde in Arbeitskreis zur Zivilklausel besprochen, dies wurde aber von der StuPa-Listen nicht richtig wahrgenommen. Die Beteiligung an der Frage der Zivilklausel ist zu bemängeln, denn die Möglichkeit zur Mitwirkung stand für alle Listen offen.

→ *A. R. v. Keken (AK Zivilklausel)*: Der Ethikrat stellt eine Möglichkeit dar, aber an viele Verträge der JLU ist nicht heranzukommen. Die Universität könnte aber auch ihre Mittelverteilung besser kontrollieren. Der Einsatz von Dual-Use werde absichtlich gemacht um eine Zustimmung in den Gremien zu erhalten. Die Technische Universität Berlin beweist aber das eine Zivilklausel funktionieren kann.

→ *T. Gniza (Jusos)*: Die Urabstimmung signalisiert wir könnten als Studierendenschaft etwas durchsetzen obwohl wir gar nichts durchsetzen können. Das StuPa hat nicht eigentlich nicht die Chance etwas zu entscheiden, auch wenn man den Studierenden keine Urabstimmung verweigern kann. *D. Holzhacker (UU)*: Die Urabstimmung stärkt die Position der Studierendenschaft und ist besser als einfach im Senat einen neuen Antrag zu stellen. Trotz der Wahrscheinlichkeit, dass sie im Senat abgelehnt wird, könnte im Senat an der Formulierung der Zivilklausel noch verhandelt werden. Wichtig ist eine Aufklärung im Vorfeld der Urabstimmung darüber, dass es bei der Umsetzung der Zivilklausel zu Problemen kommen kann. Studierende sollten dann besonders motiviert werden im Senat mitzuwirken für Änderungen an der Formulierung.

→ *C. Heimpel (UU)*: Wenn die Zivilklausel eingeführt wird ist es mit einer Kommission auch möglich die Diskussionen die im StuPa geführt wurde, noch deutlich intensiver zu führen. Derzeit setzen sich Studierende für eine positive Abstimmung aller Studierenden zur Zivilklausel ein, auch wenn sie nicht

wissen ob sie auch Erfolg haben wird. Ein größerer Einsatz als das Thema ins nächste Hochschulgremium zu vermitteln gehe nicht.

→ *Erik Kaas (Fachschaft Humanmedizin)*: Zentrale Aufgabe muss es sein, Themen die in der Gesellschaft diskutiert auch an die Uni und deren Studierende heranzutragen, denn demokratische Kultur heißt auch Diskussion anzustoßen. *Tara Falsaf (SDS)*: Er wurde oft in der Studierendenschaft darauf angesprochen warum es nicht zu einer Urabstimmung zur Zivilklausel kommt. Neben der Klärung von Fragen zur Transparenz werden auch weitere Diskussionen noch möglich sein. Aber auch öffentlich Druck zu machen ist wichtig. Das sollte an jeden der Studierendenschaft herangetragen werden.

→ Antrag auf Geheime Abstimmung liegt dem Präsidium schriftlich vor.

Schriftliche Abstimmung zur Drucksache 52/81: Antrag auf Urabstimmung zur Zivilklausel
Ergebnis: 14 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt

108

DS 52 / 82: Neue Geschäftsordnung der Fachschaftenkonferenz

→ Der Antrag ist zurückzogen

110

DS 52 / 83: Antrag zum AStA-Theaterticket

Antragstext: Der AStA empfiehlt dem StuPa eine Meinungsumfrage zum einem Theaterticket auf den Weg zu bringen. Der **Abstimmungstext** sollte lauten: Das AStA der JLU soll mit dem Stadttheater Gießen ein Theaterticket für 1,50 € pro Semester aushandeln, dies wird durch eine entsprechende Erhöhung des Semesterbeitrages finanziert. Durch das Ticket sind alle Studierenden der JLU berechtigt ab 3 Tagen vor der Veranstaltung kostenlos eine Karte für eine Vorführung im Stadttheater Gießen zu erwerben.

→ Vorgestellt durch *T. Gniza (Jusos)*: Die Technische Hochschule Mittelhessen (THM) hat bereits einen Vertrag mit dem Stadttheater abgeschlossen. Er sieht wenig Spielraum da dort ein Vertrag abgeschlossen wurde ohne darüber intensiver zu verhandeln. Das Theater wollte einen zusätzlichen Lichtbildausweis neben dem Studierendenausweis was abgelehnt wurde. Ob Studierende mit Kindern auch vergünstigt ins Theater kommen wird derzeit noch verhandelt. Der vorliegende Abstimmungstext ist als Vorschlag gedacht. Theater-Premieren sind davon ausgenommen da sie in der Regel überbucht sind. Auch Sonderveranstaltung die meistens einmal im Monat stattfinden, sind ausgenommen. Der Betrag von 1,50 € für eine Theaterflatrate ist ein Gewinn für Studierende und Theater und sollte zur Abstimmung in Form einer Urabstimmung gestellt werden.

Änderungsantrag von *M. Schröder (Jusos)*

→ *M. Schröder (Jusos)*: In einer Urabstimmung darf nicht über Sozialbeiträge entschieden werden, daher stellt er folgenden Änderungsantrag:

„Dies wird als zusätzliche Serviceleistung zusammen mit dem Semesterbeitrag eingezogen.“

→ *J. Adam (UU)*: Sind nur Restkarten in das neue Modell einbezogen und könnte mit 1,50 € Semesterbeitrag das Theater überhaupt angemessen genutzt werden? *T. Gniza (Jusos)*: Wenn Anspruch geäußert wird, dass die Karten vom Beginn der Verkaufsfrist an herausgegeben werden, würde das Stadttheater den Betrag für die Theaterflatrate deutlich über 1,50 € setzen. Im Vertrag steht, dass sogar beste Karte erworben werden könnten, sollten sie noch vorrätig seien. Dabei handelt es sich um das gleiche Vertragsmodell wie es bereits die THM abgeschlossen hatte. Der Vertrag wurde für die JLU also gespiegelt.

C. Heimpel (UU): Ist die Befürchtung berechtigt überhaupt einen Platz in einer Veranstaltung zu bekommen? Wie sieht dann die steigende Auslastung des Theaters durch Studierende sowie der Erwerb der Karten aus? Gibt es die Karten nur am Theatershop oder werden auch telefonische Anfragen möglich sein?

L. Proehl (UU): Ist eine Urabstimmung über die Einführung des Theatertickets sinnvoll? Auch mit der dritten Versendung der Unterlagen an das StuPa wurde noch nicht über das Thema im StuPa debattiert obwohl in Kürze eine Urabstimmung stattfinden soll? Der Vertrag ist nicht tragbar weil die Begrifflichkeit „Beiträge“ darin vorkommt. Er begrüßt den Änderungsantrag von *M. Schröder (Jusos)*.

Die Befassung mit den Inhalten des Antrages ist nicht umfassend genug erfolgt, wie der Vergleich mit den Aufwendungen für den Antrages des AK Zivilklausel zeigt.

J. Hedrich (SDS): Das Theater erhält eine feste Theaterfinanzierung die eigentlich das Land oder die Stadt tragen müsste. Die Studierendenschaft springt also dafür ein. Auch im Vergleich zu Besitzern des Gießen-Passes ist das vorgeschlagene Modell der Studierenden ungerecht gestaltet. Bei der THM wurde das Theaterticket beschlossen und keine Urabstimmung dazu durchgeführt. Der Vorschlag zur Einführung an der JLU ist ein Wahlgeschenk des AStA von Uni Grün und Jusos. Auch ist es nicht günstig aufgrund der schlechten Faktenlage eine kurzfristige Entscheidung zu treffen.

→ *M. Fink (UG)*: Das Ticket existiert bereits in anderen Städten und auch dort sind die Konditionen nicht ideal. Es ist aber kein Wahlgeschenk und wird nicht über Köpfe der Studierenden hinweg entschieden sondern in einer ernst gemeinten Frage bei der Urabstimmung. Darin orientierte sich auch der Antrag. Das Theaterticket ist ein interessantes Angebot, das in anderen Städten auch funktioniert, daher besteht auch die Aussicht das es auch in Gießen angenommen werden wird.

→ *L. Leufgens (UG)*: Studieren sollten die Wahl haben ob sie das Theaterticket wirklich auch wollen und darüber entsprechend gut informiert werden. Die Studierendenschaft sollte sich eventuell auch im Voraus schon entscheiden wie sie das Ergebnis der Urabstimmung auswerten möchte.

→ *C. Heimpel (UU)*: Es fehlen noch Informationen, z. B. ob man Karten auch an der Kasse abholen kann. *S. Recklies (UG)*: Über Beiträge darf in einer Urabstimmung nicht entschieden werden, sondern nur ein Meinungsbild eingeholt werden, andernfalls kann der Ältestenrat dem nicht zustimmen. *M. Schröder (Jusos)*: Als welche Beitragsform würde dann das Semesterticket gelten?

→ *T. Gniza (Jusos)*: Wie ist die Urabstimmung zur Landesgartenschau (LGS) formal möglich geworden? *S. Recklies (UG)*: Der Ältestenrat wurde zu dieser Abstimmung nicht befragt.

→ *L. Proehl (UU)*: Die Begründung der Urabstimmung zur LGS lautete damals: Es handelt sich um eine einmalige Leistung und keinen dauerhafter Beitrag. Er sieht den Verdacht aus dem Theaterticket ein Wahlkampfthema zu machen, denn von der Urabstimmung hätte die Hochschulliste Unsere Uni erst nach Einreichung der Wahlprogramme erfahren. *T. Gniza (Jusos)*: Wenn es ein Wahlkampfthema wäre, hätte die Liste Jusos das Ticket bislang nicht so offen thematisiert. Er verstehe das Misstrauen von Unsere Uni, aber während er noch mit dem Theater verhandelt hatte, gab es bereits die Zustimmung der THM ohne weitere Verhandlungen oder Abstimmungen. Das Theater hatte ihm nur das Angebot gemacht den Vertrag zu spiegeln, der aber nicht so komplex ist, dass man ihn nicht in der Stupa-Sitzung verstehen könnte. Ob es sich um ein Meinungsbild handelt oder ähnliches sei bei der Urabstimmung nicht ausschlaggebend. Wenn es ein einheitliches Votum der Studierenden gibt, wird sich das StuPa daran halten.

→ *K. Mansoori (Jusos)*: Das Theater bietet bereits vergünstigte Karten an und hat genug Kapazität.

→ *Johanna Rose (Fachschaft Chemie)*: Seit eineinhalb Jahren ist das Theaterticket Thema in der Fachschaft. Sie selbst befürwortet die Durchführung einer Urabstimmung, denn das Ticket sollte nicht nur beschlossen sondern auch von den Studierenden abgestimmt werden. *F. M. Beuschel (SU)*: Wenn die Studierenden darüber entscheiden, ist das eine gute Idee.

→ *T. Finck (UG)*: Da das Theater gutes Geld bekommt, ist eine Abstimmung darüber wichtig. Es sollte im Antragstext eine weitere Frist zum Sommersemester stehen und nicht nur eine Frist mit einem Kündigungsrecht Ende März.

→ *L. Proehl (UU)*: Die Formulierung zur Urabstimmung des LGS-Tickets war bereits kritisch: Für die nächste Urabstimmung zum Theaterticket sollte der Serviceteil gestrichen und nur ein Meinungsbild im Text genannt werden. Das StuPa sollte dann basierend auf der Meinungsabstimmung abstimmen. Diese Variante wäre auch mit dem Ältestenrat vereinbar.

→ *C. Heimpel (UU)*: Frage zu §4 im Vertragstext: Besteht ein Recht Werbung zu machen oder darf der AStA nur Anfragen machen? *T. Gniza (Jusos)*: Das Stadttheater führt bereits selbst an der Uni Werbung durch was ein Vorteil und kein Nachteil für den AStA ist. Die Formulierung sollte aus Text nicht gestrichen werden.

→ *C. Heimpel (UU)*: **Stellt Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung des Antrages.** Die vorgeschlagene Summe im Antragstext ist zu hoch und die Antragseinbringung zu kurzfristig. Um als Parlamentarier über den Antrag abzustimmen zu können sind vollständigere Informationen nötig.

→ *T. Gniza (Jusos)*: Im Falle einer Vertagung des Antrages würde sich das Vorhaben um ein weiteres Jahr verschieben. Er bittet darum jetzt abzustimmen, denn die Tragweite ist überschaubar.

Abstimmung über die Vertagung des Antrages: 6 Ja, 20 Nein, 3 Enthaltungen. Ergebnis: Der Antrag wird nicht vertagt sondern im StuPa weiter behandelt.

→ *M. Fink (UG)*: Die Summe für das Theaterticket sollte nur 1 € betragen. Würde die JLU den gleichen Vertrag abschließen wie die THM, mit einer höheren Summe, wäre das nicht gut für Studierende an der JLU und auch an der THM, denn die JLU hat mehr Studierende. Das Theater

würde immer noch 25000 € Gewinn machen und hätte nicht höhere Kosten.
→ *S. Recklies (UG)*: 1. Zeile im Antragstext: Begriff „Urabstimmung“ streichen und durch Meinungsumfrage ersetzen. Damit würde sich ein Quorum mit dem Antrag ergeben. *L. Proehl (UU)*: Würde sich diesem Vorschlag anschließen. Für den Text der Urabstimmung sollte auch die zwei Möglichkeiten parallel geprüft werden mit 1 € und 1,50 €. *T. Gniza (Jusos)*: Beides in der Urabstimmung stellen ist unsinnig, denn es besteht die Wahrscheinlichkeit, das abgestimmt wird über Bedingungen die gar nicht funktionieren können. Bleibt es bei der Formulierung „1,50 €“ sind die Chancen deutlich höher diese auch umzusetzen, als bei einer Formulierung „1 €“. Auch ist die Summe dann immerhin noch ein Drittel höher und das Risiko könnte begrenzt werden, dass das Theater sich dagegen entscheiden könnte. Er werde sich aber bemühen die Möglichkeiten von nur 1 € zu prüfen. *M. Fink (UG)*: Wenn nur ein Beitrag zum Theaterticket von 1,50 € als Frage in der Urabstimmung gestellt würde, wäre jedoch die Verhandlungsposition eingeschränkt im vgl. zu Fragen von 1,50 und 1 €.

L. Proehl (UU): **GO-Antrag auf sofortige Abstimmung der Änderungsanträge:**

1. Änderungsantrag

→ „Der Asta empfiehlt dem StuPa eine Meinungsumfrage bei der Urabstimmung. Die Abstimmung soll im Rahmen der Hochschulwahlen 2014 gemäß dem § 42, Absatz 6 erfolgen und vom Wahlausschuss durchgeführt werden.“

→ Der Änderungsantrag wird übernommen

2. Änderungsantrag

„ 1,50 € im Antragstext in 1 € ändern“

Abstimmung über den zweiten Änderungsantrag: 7 Ja, 18 Nein, 5 Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

Abstimmung über den Gesamtantrag: 24 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

112

DS 52 / 84: Antrag Unterstützung des Christopher Street Day (CSD) Mittelhessen 2014

Vorgestellt durch *Stefano Mattiello*: Anfang August / September 2014 sind zum CSD Veranstaltungen vorgesehen. Die sehr frühe Planung ist als Vorlauf dafür vorgesehen.

→ *M. Schröder (Jusos)*: **Änderungsantrag die Antragssumme von 2500 € auf 1000 € zu kürzen.**

J. Hedrich (SDS): 2500 € waren zunächst als Anschubfinanzierung gedacht und jetzt sind dauerhaft 1000 € im Antrag eingeplant.

→ Der Änderungsantrag wird übernommen.

Abstimmung über den Antrag: 24 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist angenommen.

114

DS 52 / 85: Antrag auf Unterstützung Jubiläum ST*QR-Referat im Jahr 2014

M. Schröder (Jusos): Der Antrag soll mit dem Haushalt der Studierendenschaft gemeinsam behandelt werden. In der 2. Lesung des Haushaltes, bei der Einbringung der Änderungsanträge zum Haushalt (nächste Sitzung des StuPa), wird es eine ausführlich Behandlung des Antrages geben.

116

TOP 7) Haushaltsentwurf in der 1. Lesung

118

→ *J. Adam (UU)*: Frage zu Doppelverträgen zur AStA-Bühne (Miete). *M. Schröder (Jusos)*: Der Vertrag kann auch gekündigt werden um die Zahlungen zu begrenzen.

→ *C. Hoge (DL)*: Wie hoch ist der Haushaltsposten für das Referat Ökologie? *M. Schröder (Jusos)*: Posten für das Referat auf 2000 € erhöht aufgrund des Mehrbedarfes einer Veranstaltung.

M. Schröder (Jusos): Präsentiert die für 2014 vorgesehene Haushaltsplanung der Studierendenschaft:

- Der Leitzins wurde von der EZB gesenkt. Die Zinserträge als Haushaltsposten müssen vermutlich noch weiter reduziert werden, was derzeit (noch) ein Haushaltsrisiko darstellt (Höhe ca. 10000 €)
- Rücklagen wurden höher angesetzt im neuen Haushalt
- Bankkosten sollen reduziert werden weil ein Konto gekündigt wurde
- Personalkosten sind gestiegen durch eine weitere Sachbearbeitung
- Die Förderung für das Frauenhaus wurde erhöht (Vertrag wird auf der nächsten StuPa-Sitzung näher erläutert werden)
- AStA-Veranstaltungen bleiben im Budget gleich
- alle Referate haben ihr Budget für Ausgaben gesenkt, mit Ausnahme von Ökologie (1000 € mehr)

C. Hoge (DL): Kann bei Öffentlichkeitsarbeit und zweckgebundenen Mitteln noch Geld gespart werden? Das STQR-Referat sollte mehr Geld erhalten, weil sie häufiger Veranstaltungen durchführen im Vergleich zu den anderen Referaten.

L. Schmidt (UG): Ihr Referat bemühe sich um Einsparungen.

T. Gniza (Jusos): Die Finanzordnung sollte grundsätzlich überarbeitet werden, damit sich keine Rücklagentöpfe bilden können die im darauffolgenden Jahr nicht mehr genutzt werden können (insb. bei Fachschaften).

M. Schröder (Jusos): Das Referat Wohnen verzichtet auf 500 € zugunsten des STQR-Referates. Dafür wird ein Antrag für die nächste StuPa-Sitzung vorbereitet. Alle Ordnungen werden überarbeitet werden um künftig Rechtskonflikte zu vermeiden u.a. bei der Reisekostenordnung, Veranstaltungsordnung, Satzung und StuPa-Geschäftsordnung. Es wird eine Einladung zu einem Arbeitskreis geben, wo dann alle Satzungen überarbeitet werden. *C. Heimpel (UU):* Die Änderungen der Satzungen werden zeitaufwendig sein.

Antrag: Haushalt soll in die 2. Lesung verschoben werden.

Abstimmung über den Antrag: 25 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. Der Antrag ist einstimmig in die 2. Lesung überwiesen.

120

TOP 8) MITTEILUNGEN STUDENTISCHER AMTSTRÄGER*INNEN

122

AStA-REFERAT FÜR FINANZEN UND PERSONAL

M. Schröder (Jusos): Planung des Arbeitskreises zur Überarbeitung aller Ordnungen, Satzungen. Wer würde daran teilnehmen?

AStA-REFERAT FÜR VERKEHR

T. Otten (Jusos): Zur Nahverkehrsplanung ist der AStA eingeladen worden, im Dialog mit dem Unipräsidium und der Stadt die Situation auf den Linien 801, 802, 10 zu verbessern. Am Mittwoch 10.12.2013 hat der AStA eine Stellungnahme zum Nahverkehrsplan (Vorstellung des AStA) abgegeben. *T. Otten (Jusos)* wird in der nächsten StuPa-Sitzung darüber mehr berichten.

AStA-REFERAT FÜR HOCHSCHULPOLITIK

→ *F. Döring (Jusos)* berichtet zu einem Zeitungsartikel in der Oberhessischen Presse: Vorwurf des Online-Mobbings gegen ihn. Es handelt sich dabei um Differenzen zu einer anderen Person, von der aus falsche Informationen über ihn erstellt worden waren. Auf Nachdruck von F. Döring wurden falsche Beiträge von der Gießener Zeitung gelöscht, jedoch kurze Zeit später wieder ins Netz gestellt. Inzwischen konnte er eine Richtigstellung erreichen zur Klärung des Problems.

AStA-REFERAT FÜR STUDIUM UND LEHRE

→ *A.-K. Schütz (Jusos):* Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) wollte zu dieser StuPa-Sitzung Anträge einbringen. Gefordert wurde eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen sowie eine Ausweitung der Möglichkeiten Studierende auch ohne StuPa-Mandat in den RPA zu entsenden. Es ist zukünftig vorgesehen eine Qualifikation für RPA-Mitglieder zu fordern z. B. auf Leute aus den Fachgebiet Wirtschaftswissenschaften. Leute die diese Voraussetzungen nicht mitbringen sollten eine Einführung durch den AStA erhalten, in Form einer Grundqualifikation für StuPa-Mitglieder (auch in Kooperation mit den Fachbereichen).

ASStA-REFERAT FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR

→ *T. Gniza (Jusos)*: Die zuletzt veranstaltete ASStA-Party war organisatorisch sehr gut verlaufen. Die Veranstaltung in dieser Form ist wieder genehmigungsfähig, auch mit der Nutzung des Audimax. Der kulturelle Wert der Veranstaltung konnte gesteigert werden. Er möchte den ASStA-Referaten für ihren geleisteten Mehraufwand bei gleicher Aufwandsentschädigung danken. Die Party hatte einen Verlust von 2500 €. Das bisherige Konzept der Sommerfeste auf dem Uni-Campus funktioniert insbesondere in finanzieller Hinsicht nicht, weil das Gelände nicht abgesperrt werden kann (Getränke werden bspw. mitgebracht und nicht vor Ort gekauft). Einige Leute sind vielleicht nicht gekommen, weil sie davon ausgegangen sind keine Vorverkaufskarte bekommen zu haben. Die Kommunikation wie auch das Konzept eines Indoor-Festivals sollten weiterentwickelt werden.

ASStA-REFERAT FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

→ *L. Schmidt (UG)*: Im November 2013 hat entgegen der Ankündigung auf der Homepage keine StuPa-Sitzung stattgefunden. Fristen zur Antragseinbringung aus den Fachschaften konnten nicht eingehalten werden und auch vom Wahlausschuss gesetzte Fristen konnten nicht eingehalten werden. Es war ein Ersatzraum gebucht worden durch die Fachschaft Psychologie um die Raumproblematik bei der StuPa-Sitzung am 27.11.2013 zu lösen. Am 16.11 war ein zusätzliches Telefonat mit dem Präsidium des StuPa geführt worden mit der Bestätigung, dass am 27.11 eine Sitzung stattfinden könnte.

→ *F. Döring (Jusos)*: Die Sitzung sollte stattfinden um Anträge zu behandeln, die die Erhöhung der Zahl der Fachschaftsräte zum Ziel hatten. Leider war die Kommunikation schlecht gelaufen, aber ohne schlechte Absichten dahinter.

→ *M. Uhrmann (Jusos)*: Das Thema des Umlaufbeschlusses war diskutiert worden um eine Lösung zu erreichen. S. Recklies hatte Bedenken geäußert, dass ein solcher Beschluss nicht der Satzung des StuPa entsprechen würde. *L. Leufgens (UG)*: Redebedarf hätte bestanden weil auch nicht alle Fachschaften im StuPa vertreten sind. Der Verlauf ist insgesamt unglücklich verlaufen.

→ *T. Gniza (Jusos)*: Ämter werden ehrenamtlich ausgeführt und man kann sich auch Fehler erlauben und Fristen versäumen. Das StuPa kontrolliert den ASStA und nicht umgekehrt. Besser wäre jetzt sich auf eine Frist zu einigen wann Terminänderungen einreicht werden könnten in der nächsten Legislaturperiode. Es mache keinen Sinn sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben.

→ *L. Schmidt (UG)*: Es handelt sich um ein Kommunikationsproblem wenn das Präsidium des StuPa einen Sitzungstermin festlegt und sich kurze Zeit später daran nicht mehr teilnehmen kann. Dies mache es für die Fachschaftenlisten schwer sich zu organisieren, wenn zu Beginn der Legislaturperiode keine neuen Leute mehr eingetragen werden dürfen, weil eine Erweiterung der Listen nicht möglich ist. *L. Leufgens (UG)*: Eine bessere Lösung sieht er darin, dass die Fachschaftenkonferenzen selber darüber entscheiden würden, ob sich Fachschaften erweitern dürfen. *M. Schröder (Jusos)*: Diese Lösung ist juristisch schwierig umsetzbar.

→ *D. Holzhacker (UU)*: Der Sitzungstermin wurde für den 05.12.2013 angesetzt, damit wurde der Abgabetermin für die Fachschaftslisten verpasst. Das Abhalten von Notsitzungen wegen kleineren Problemen wären aber möglich gewesen, denn es hätte eine satzungskonforme Sitzung auch ohne Mitglieder des Präsidiums stattfinden können um den Fachschaften ihre Interessen zu ermöglichen. Gegenüber den Studierenden ist das Präsidium nun rechenschaftspflichtig.

Dringlichkeitsantrag von D. Holzhacker (UU):

„Die ASStA-tragende Koalition bezieht öffentlich für alle Studierenden die den Fachbereichen und Studiengängen angehören Stellung.“

Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrag: 11 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag ist dringlich.

Abstimmung über den Antrag: 7 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen. Ergebnis: Der Antrag ist abgelehnt.

C. Heimpel (UU): Der Älteste des StuPa wäre verantwortlich gewesen ob die Zeit für eine Terminansetzung einer StuPa-Sitzung zu knapp bemessen ist. Wenn das Präsidium selber entscheidet das man an Termin nicht teilnehmen kann, aber auch das die Zeit für eine Sitzungsorganisation zu knapp ist, wäre dies eine Dopplung. Die Terminlage des StuPa die getroffen wurde mit zwei Sitzungen im Dezember ist nicht verständlich.

M. Uhrmann (Jusos): Dem Vorwurf nicht informiert zu haben wird widersprochen. Er hatte bereits auf der Oktobersitzung bekannt gegeben, dass es Probleme mit dem kommenden Sitzungstermin geben könnte und darüber alle Listen informiert. Er entschuldigt sich für Abweichung des Sitzungsplanes. Sobald ein Ersatztermin bekannt war, habe er ihn auch auf die Homepage gesetzt. Für ihn war es

nicht wahrnehmbar, dass die Fachschaften Probleme bekommen würden. Bei der Terminfindung seien viele Aspekte zu klären und diesmal hatte es bei der Terminfrage nach dem Raum nicht geklappt. Es war kein Termin mehr an einem Abend im November mehr frei. Das am 27.11 ein Ersatztermin stattfinden, aber das Präsidium des StuPa nicht geschlossen an diesem teilnehmen konnte sei bedenklich. Er habe auch nur auf umständlichem Wege eine Bitte erfahren, dass vom AStA ein Beschluss zugegangen sei, noch eine Sitzung im November zu machen. Persönlich habe er auch darauf hingewiesen, dass die Sitzung dann vom Ältesten des StuPa hätte geleitet werden müssen und die Einladungsfrist nur schwer zu halten gewesen wäre. Die Studierendenschaft sollte auch die Möglichkeit haben sich rechtzeitig über die Sitzung zu informieren. Da ihm das Wohl der Fachschaft wichtig gewesen war, hatte er am Sonntag vor Ablauf der Frist für die Fachschaften nachgefragt wer die Leitung der Sitzung hätte übernehmen wollen und dann am darauffolgenden Dienstag einen regulären Termin vereinbart. In den Handlungen des Präsidiums sieht er keine Defizite.

Die Hintergrund für zwei Stupa-Sitzungen im Dezember ist der Wunsch des Finanzreferats mit drei Lesungen des Haushaltes gewesen, wofür auch drei Sitzungen nötig seien.

124

TOP 9) FRAGEN AN STUDENTISCHE AMTSTRÄGER*INNEN

126

C. Heimpel (UU): Überarbeitung der StuPa-Satzung durch einen Arbeitskreis. Wie könnte die Arbeit dort aufgeteilt werden? Die letztmaligen Änderungen waren sehr umfangreich. Zur Lohnerhöhung des Rechnungsprüfungsausschusses auf 9 €. Was wäre dann mit dem Ältestenrat, der 8 € pro Sitzung bekommt, gerade vor dem Hintergrund das Sitzungen dort sehr lange dauern können?

M. Schröder (Jusos): Er halte es für das bessere Prinzip alle Satzungs-Änderungen auf einmal anzupacken. Dazu sollte es ein Grundtreffen, geben wo eine Fehlersuche durchgeführt wird und daran anschließend ein Treffen von Arbeitsgruppen die konkret an nur einem Schriftstück arbeiten.

128

TOP 11) Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung der 52. Legislaturperiode des StuPa vom 30.07.2013

130

Die Behandlung des Protokolls wird vertagt auf die kommende Sitzung des StuPa.

132

TOP 12) SONSTIGES

134

C. Hoge (DL): Treffen des Arbeitskreis Plakatierordnung morgen am 06.12.2013, 14 Uhr vor dem AStA-Gebäude

Sitzungsankündigung

→ Der Termin für die nächste Sitzung des Studierendenparlamentes ist der 19.12.2013.

→ Die Sitzung wird beendet am 05.12.2013 um 02:10 Uhr.

Florian Stephan

Für das Präsidium des Studierendenparlamentes:
Der Protokollant, Florian Stephan, Gießen, den 05.12.2013

136